

Grundordnung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Vom 20. Juni 2007

Aufgrund des Art. 13 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg folgende Grundordnung:

Inhaltsübersicht

Erster Teil: **Allgemeines**

§ 1 Rechtsstellung und Gliederung der Universität

Zweiter Teil: **Hochschulleitung**

- § 2 Hochschulleitung
- § 3 Vertretung und Bestimmung der Geschäftsbereiche
- § 4 Entscheidung in Sitzungen
- § 5 Amtszeiten
- § 6 Erweiterte Hochschulleitung

Dritter Teil: **Senat, Hochschulrat und weitere Gremien des Zentralbereichs, Zentrum für Lehrerbildung**

- § 7 Senat
- § 8 Hochschulrat
- § 9 Kommissionen, Ausschüsse
- § 10 Zentrum für Lehrerbildung
- § 11 Kuratorium

Vierter Teil: **Organe und Gremien der Fakultäten**

- § 12 Fakultätsvorstand
- § 13 Dekan oder Dekanin
- § 14 Vertretung des Dekans oder der Dekanin
- § 15 Studiendekane und Studiendekaninnen
- § 16 Fakultätsrat
- § 17 Weitere Mitwirkung im Fakultätsrat

Fünfter Teil: **Departments**

- § 18 Departments
- § 19 Aufgaben der Departments
- § 20 Leitung des Departments

Sechster Teil:
Frauenbeauftragte

- § 21 Wahl der Frauenbeauftragten und ihre Amtszeiten
- § 22 Rechte der Frauenbeauftragten

Siebenter Teil:
Beauftragter oder Beauftragte für Studierende mit Behinderung

- § 23 Beauftragter oder Beauftragte für Studierende mit Behinderung

Achter Teil:
Studierendenvertretung

- § 24 Zusammensetzung des Studentischen Konvents, der Fachschaftsvertretungen und des Sprecher- und Sprecherinnenrats
- § 25 Studentischer Konvent
- § 26 Sprecher- und Sprecherinnenrat
- § 27 Fachschaftsvertretung
- § 28 Übersicht über die Ausgaben

Neunter Teil:
**Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter
und Mitarbeiterinnen**

- § 29 Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Zehnter Teil:
Geschäftsgang in Kollegialorganen und Gremien

- § 30 Geschäftsgang

Elfter Teil:
Wahlvorschriften

Erster Abschnitt: Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin

- § 31 Einleitung des Wahlverfahrens
- § 32 Ausschreibung, Erstellung des Wahlvorschlags
- § 33 Vorbereitung der Wahl
- § 34 Ablauf der Wahl
- § 35 Annahme der Wahl
- § 36 Wiederholung der Wahl
- § 37 Vorzeitiges Ausscheiden

Zweiter Abschnitt: Wahl der Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen

- § 38 Vorbereitung der Wahl
- § 39 Ablauf und Annahme der Wahl
- § 40 Wiederholung der Wahl

Dritter Abschnitt: Wahl der Vertreter und Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen im Senat

§ 41 Wahl der Vertreter und Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen im Senat

Vierter Abschnitt: Wahl des Dekans oder der Dekanin, der Prodekane oder Prodekaninnen und der Studiendekane oder Studiendekaninnen

§ 42 Wahl des Dekans oder der Dekanin

§ 43 Wahl der Prodekane und Prodekaninnen sowie der Studiendekane oder Studiendekaninnen

Fünfter Abschnitt: Wahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Studentischen Konvents, des Sprecher- und Sprecherinnenrats sowie der Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden

§ 44 Wahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Studentischen Konvents

§ 45 Abwahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden

§ 46 Vertretung im Vorsitz

§ 47 Wahl des Sprecher- und Sprecherinnenrats

§ 48 Wahl der Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden

Sechster Abschnitt: Wahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Konvents der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie der Vertretung

§ 49 Wahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Konvents der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie der Vertretung

Zwölfter Teil:

Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

§ 50 Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

Erster Teil: Allgemeines

§ 1

Rechtsstellung und Gliederung der Universität

(1) ¹Die Friedrich-Alexander-Universität ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze. ²Sie ist zugleich eine staatliche Einrichtung.

(2) Die Friedrich-Alexander-Universität führt ihr geschichtliches Wappen mit der Darstellung ihrer Gründer, des Markgrafen Friedrich von Bayreuth und des Markgrafen Alexander von Brandenburg-Ansbach.

(3) Die Friedrich-Alexander-Universität gliedert sich in den Zentralbereich und folgende Fakultäten:

1. Philosophische Fakultät und Fachbereich Theologie (School of Humanities and Social Sciences, School of Theology),
2. Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät (Law School, School of Business and Economics),
3. Medizinische Fakultät (Medical School),
4. Naturwissenschaftliche Fakultät (School of Sciences),
5. Technische Fakultät (School of Engineering).

Zweiter Teil: Hochschulleitung

§ 2

Hochschulleitung

(1) ¹Die Friedrich-Alexander-Universität wird von einer Hochschulleitung geleitet. ²Ihr gehören an

1. der Präsident oder die Präsidentin,
2. drei Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen und
3. der Kanzler oder die Kanzlerin.

³Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen können hauptberuflich tätig sein. ⁴Darüber entscheidet auf Antrag des Präsidenten oder der Präsidentin der Hochschulrat; die Entscheidung soll unverzüglich nach der Festsetzung des Zeitpunkts der Wahl getroffen werden.

(2) Bis zur Wahl eines Vorsitzenden oder einer Vorsitzenden werden die Sitzungen des Senats und des Hochschulrats vom Präsidenten oder von der Präsidentin geleitet.

§ 3

Vertretung und Bestimmung der Geschäftsbereiche

Die Reihenfolge der Vertretung sowie die Bestimmung der Geschäftsbereiche, die von den Mitgliedern in eigener Zuständigkeit erledigt werden, wird vom Präsidenten oder der Präsidentin im Benehmen mit den weiteren Mitgliedern der Hochschulleitung festgelegt.

§ 4 Entscheidung in Sitzungen

Die Hochschulleitung trifft ihre Entscheidungen und fasst ihre Beschlüsse in der Regel in Sitzungen, in Ausnahmefällen, soweit kein Mitglied widerspricht, auch im Umlaufverfahren.

§ 5 Amtszeiten

(1) ¹Die Amtszeit des Präsidenten oder der Präsidentin beträgt sechs Jahre einschließlich des Semesters, in dem die Bestellung wirksam wird. ²Wiederwahl ist zulässig.

(2) ¹Die Amtszeit der Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen beträgt drei Jahre einschließlich des Semesters, in dem die Bestellung wirksam wird. ²Wiederwahl ist zulässig.

§ 6 Erweiterte Hochschulleitung

¹Der Erweiterten Hochschulleitung gehören an

1. die Mitglieder der Hochschulleitung nach § 2 Abs. 1 Satz 2,
2. die Dekane und Dekaninnen der Fakultäten und
3. die Frauenbeauftragte der Universität.

²Der Ärztliche Direktor oder die Ärztliche Direktorin und der Sprecher oder die Sprecherin des Fachbereichs Theologie nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen teil.

Dritter Teil: Senat, Hochschulrat und weitere Gremien des Zentralbereichs, Zentrum für Lehrerbildung

§ 7 Senat

(1) Dem Senat gehören an:

1. Je ein Vertreter oder eine Vertreterin der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen der Fakultäten nach § 1 Abs. 3,
2. ein Vertreter oder eine Vertreterin der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
3. ein Vertreter oder eine Vertreterin der sonstigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
4. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Studierenden,
5. ein weiterer Vertreter oder eine weitere Vertreterin der Studierenden mit beratender Stimme und
6. die Frauenbeauftragte der Universität.

(2) ¹Die Mitglieder nach Absatz 1 Nrn. 1 bis 3 werden im Verhinderungsfalle durch eine gewählte Vertretung vertreten. ²Das Mitglied nach Absatz 1 Nr. 4 wird im Verhinderungsfalle durch das Mitglied nach Absatz 1 Nr. 5 vertreten.

§ 8 Hochschulrat

Dem Hochschulrat gehören an:

1. Die gewählten Mitglieder des Senats und
2. als nicht hochschulangehörige Mitglieder acht Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und insbesondere aus Wirtschaft und beruflicher Praxis.

§ 9 Kommissionen, Ausschüsse

(1) An der Friedrich-Alexander-Universität werden eingerichtet:

1. Die Kommission für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs,
2. die Kommission für Lehre und Studium und
3. die Kommission für Internationalisierung.

(2) ¹Unbeschadet der Zuständigkeit anderer Organe und Gremien werden Angelegenheit der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses einschließlich der Weiterbildung von der Kommission für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs wahrgenommen. ²Ihr gehören unter dem Vorsitz eines Mitglieds der Hochschulleitung an:

1. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen aus jeder Fakultät,
2. zwei Vertreter oder Vertreterinnen der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
3. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Studierenden,
4. ein Vertreter oder eine Vertreterin der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und
5. die Frauenbeauftragte.

³Die Mitglieder nach Satz 2 Nr. 1 werden von den jeweiligen Fakultätsräten benannt, die Mitglieder nach Satz 2 Nrn. 2 bis 4 vom Senat bestellt; die Amtszeit beträgt jeweils ein Studienjahr. ⁴Für die Mitglieder nach Satz 2 Nrn. 3 und 4 wird für den Verhinderungsfall jeweils eine Vertretung bestellt.

(3) ¹Unbeschadet der Zuständigkeit anderer Organe und Gremien werden Angelegenheit von Lehre und Studium, insbesondere die Einrichtung und Aufhebung von Studiengängen sowie die Lehrevaluation, von der Kommission für Lehre und Studium wahrgenommen. ²Ihr gehören unter dem Vorsitz eines Mitglieds der Hochschulleitung an:

1. ein Studiendekan aus jeder Fakultät,
2. zwei Vertreter oder Vertreterinnen der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
3. zwei Studierende und
4. die Frauenbeauftragte der Universität.

³Die Mitglieder nach Satz 2 Nr. 1 werden von den jeweiligen Fakultätsräten benannt, die Mitglieder nach Satz 2 Nrn. 2 und 3 vom Senat für jeweils ein Studienjahr bestellt.

(4) ¹Unbeschadet der Zuständigkeit anderer Organe und Gremien werden Angelegenheiten der Internationalisierung von der Kommission für Internationalisierung wahrgenommen. ²Ihr gehören unter dem Vorsitz eines Mitglieds der Hochschulleitung an:

1. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen aus jeder Fakultät,

2. zwei Vertreter oder Vertreterinnen der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
3. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Studierenden,
4. ein Vertreter oder eine Vertreterin der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und
5. die Frauenbeauftragte der Universität.

³Absatz 2 Sätze 3 und 4 gelten entsprechend.

(5) ¹Werden weitere Kommissionen und Ausschüsse eingesetzt, so sind im Einrichtungsbeschluss der Auftrag, die Zusammensetzung und der Vorsitz zu regeln. ²Die Frauenbeauftragte ist mindestens mit beratender Stimme zu beteiligen.

§ 10 Zentrum für Lehrerbildung

¹An der Friedrich-Alexander-Universität wird ein Zentrum für Lehrerbildung eingerichtet. ²Es nimmt unbeschadet der Zuständigkeit anderer Organe und Gremien als Einrichtung gemäß Art. 19 Abs. 5 Satz 2 BayHSchG die Aufgaben wahr, die sich aus der Koordination der mit der Lehrerbildung zusammenhängenden Fragen ergeben. ³Die Bestellung der Mitglieder und der Leitung des Zentrums obliegt der Hochschulleitung; die an der Lehrerbildung beteiligten Fakultäten können dazu Vorschläge unterbreiten.

§ 11 Kuratorium

¹Das Kuratorium der Friedrich-Alexander-Universität berät und unterstützt die Hochschulleitung. ²Ihm gehören bis zu 20 Personen an, die auf Vorschlag der Hochschulleitung vom Senat für die Dauer von drei Jahren bestellt werden; Wiederbestellung ist zulässig. ³Die Tätigkeit im Kuratorium ist ehrenamtlich. ⁴Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende und regelt die Stellvertretung. ⁵Das Kuratorium soll mindestens einmal jährlich zu einer Sitzung einberufen werden. ⁶Es ist zu einer Sitzung einzuberufen, wenn der Präsident oder die Präsidentin dies beantragt. ⁷Das Kuratorium kann sich eine Geschäftsordnung geben.

Vierter Teil: Organe und Gremien der Fakultäten

§ 12 Fakultätsvorstand

(1) ¹Die Fakultät wird von einem Fakultätsvorstand geleitet, der sich zusammensetzt aus:

1. Dem Dekan oder der Dekanin als Vorsitzendem oder als Vorsitzender,
2. den Sprechern und Sprecherinnen der Departments und
3. dem Studiendekan oder der Studiendekanin sowie den weiteren Studiendekanen oder Studiendekaninnen.

²Dem Fakultätsvorstand kann zusätzlich ein Professor oder eine Professorin der Fakultät als Prodekan oder Prodekanin angehören, der oder die nicht Sprecher oder Sprecherin eines Departments ist. ³Dem Fakultätsvorstand der Medizinischen Fakultät gehören statt der Sprecher und Sprecherinnen der Departments die Prodekane und Prodekaninnen, zusätzlich der Ärztliche Direktor oder die Ärztliche Direktorin

sowie mit beratender Stimme der Kaufmännische Direktor oder die Kaufmännische Direktorin an.

(2) Hat eine Fakultät mehrere Studiendekane oder Studiendekaninnen, so kann der Fakultätsrat vor Erlass des Wahlausschreibens zu einer allgemeinen Hochschulwahl beschließen, dass dem Fakultätsvorstand für die nächste Amtszeit nur ein Studiendekan oder eine Studiendekanin angehört.

§ 13 Dekan oder Dekanin

(1) ¹Dekane oder Dekaninnen können hauptberuflich tätig sein. ²Auf Antrag des Fakultätsrats einer Fakultät stellt die Hochschulleitung vor einer Wahl förmlich fest, ob die haushaltsmäßigen Voraussetzungen zur Bestellung des Dekans oder der Dekanin in hauptberuflicher Tätigkeit gegeben sind; die Entscheidung zur Bestellung des Dekans oder der Dekanin in hauptberuflicher Tätigkeit trifft der Fakultätsrat.

(2) ¹Die Amtszeit des Dekans oder der Dekanin beträgt einschließlich des Semesters, in dem die Amtszeit beginnt, mindestens zwei Jahre. ²Der Fakultätsrat kann vor einer Wahl mit der Aufstellung des Wahlvorschlags eine längere Amtszeit beschließen, die bei hauptberuflicher Tätigkeit sechs Jahre nicht überschreiten darf. ³Wiederwahl ist zulässig.

§ 14 Vertretung des Dekans oder der Dekanin

¹Der Dekan oder die Dekanin wird in der von ihm oder ihr bestimmten Reihenfolge von bis zu sechs Prodekanen und Prodekaninnen vertreten, die aus den Mitgliedern des Fakultätsvorstands nach § 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 gewählt werden; in der Medizinischen Fakultät werden die Prodekane und Prodekaninnen aus dem Kreis der Professoren dieser Fakultät gewählt; ist der Dekan oder die Dekanin der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie nicht Mitglied des Fachbereichs Theologie, so gehört der Sprecher oder die Sprecherin dieses Fachbereichs dem Fakultätsrat als Prodekan oder Prodekanin an. ²§ 13 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 15 Studiendekane und Studiendekaninnen

Die Fakultäten können weitere Studiendekane oder Studiendekaninnen wählen.

§ 16 Fakultätsrat

(1) ¹Dem Fakultätsrat gehören an:

1. Als Mitglieder von Amts wegen
 - a) der Dekan oder die Dekanin,
 - b) die Prodekane und Prodekaninnen,
 - c) der Studiendekan oder die Studiendekanin oder, sofern eine Fakultät mehrere Studiendekane hat, eine von diesen zu bestimmende Vertretung und
 - d) die Frauenbeauftragte der Fakultät;

2. als Vertreter ihrer Gruppen:
- a) zwölf Vertreter oder Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen,
 - b) vier Vertreter oder Vertreterinnen der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
 - c) zwei Vertreter oder Vertreterinnen des sonstigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und
 - d) vier Vertreter oder Vertreterinnen der Studierenden.

²Dem Fakultätsrat der Medizinischen Fakultät gehören zusätzlich die Leiter oder Leiterinnen klinischer Einrichtungen gemäß Art. 34 Abs. 2 Sätze 3 bis 5 BayHSchG an.

(2) Werden beratende Ausschüsse eingesetzt, so gilt § 9 Abs. 5 Satz 1 entsprechend; die Frauenbeauftragte ist Mitglied dieser Ausschüsse.

§ 17

Weitere Mitwirkung im Fakultätsrat

¹In Angelegenheiten, die die Berufung von Professoren und Professorinnen sowie Promotionen und Habilitationen betreffen, können im Fakultätsrat alle Professoren und Professorinnen der Fakultät stimmberechtigt mitwirken. ²In Angelegenheiten von besonderer Bedeutung können alle nicht entpflichteten Professoren und Professorinnen im Fakultätsrat beratend mitwirken.

Fünfter Teil: Departments

§ 18

Departments

¹Die Fakultäten sind mit Ausnahme der Medizinischen Fakultät in Departments gegliedert. ²Das Department Theologie in der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie führt die Bezeichnung Fachbereich Theologie. ³Soweit in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät je ein Department für Rechtswissenschaft und für Wirtschaftswissenschaften eingerichtet wird, führen die Departments die Bezeichnung Fachbereich Rechtswissenschaft bzw. Fachbereich Wirtschaftswissenschaften.

§ 19

Aufgaben der Departments

(1) ¹Die Departments nehmen die ihnen übertragenen Aufgaben wahr, insbesondere bei der Verteilung der ihnen zugewiesenen Stellen, Mittel und Räume und bei der Organisation von Lehre und Studium. ²Sie unterbreiten Vorschläge zur Bestellung der Mitglieder der Berufungsausschüsse und zur Bestimmung des Vorsitzes.

(2) ¹Der Fachbereich Theologie ist für das Lehrangebot in den Studiengängen mit einer kirchlichen oder theologischen Abschlussprüfung verantwortlich. ²Er bestellt die Prüfungsorgane in den Studiengängen nach Satz 1 und im Promotionsverfahren zum Doktor der Theologie. ³Im Habilitationsverfahren nimmt er die der Fakultät obliegenden Aufgaben und Befugnisse wahr. ⁴Bei der Vorbereitung von Berufungsvorschlägen zur Besetzung von Professuren im Fachbereich Theologie gilt Absatz 1 Satz 2 mit der Maßgabe, dass die Mitglieder der Berufungsausschüsse nur im Einvernehmen mit dem Sprecher oder der Sprecherin des Fachbereichs bestellt werden kön-

nen. ⁵Für die Bestimmung des Vorsitzes im Berufungsausschuss gilt Satz 4 sinngemäß.

§ 20 Leitung des Departments

(1) ¹Das Department soll von einer kollegialen Leitung geleitet werden, der

1. Professoren und Professorinnen des Departments,
2. ein Vertreter oder eine Vertreterin der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Departments und
3. die Frauenbeauftragte mit beratender Stimme

angehören. ²Die Mitglieder nach Satz 1 Nrn. 1 und 2 werden von der Hochschulleitung auf Vorschlag des Dekans oder der Dekanin der Fakultät bestellt, der das Department zugeordnet ist. ³In den sie betreffenden Angelegenheiten sind die Studierenden zu hören.

(2) Die kollegiale Leitung wählt eines ihrer Mitglieder zum Sprecher oder zur Sprecherin und ein weiteres Mitglied zur Vertretung für eine Amtszeit von zwei Jahren einschließlich des Semesters, in dem die Amtszeit beginnt.

(3) ¹Die Leitung ist für alle Angelegenheiten des Departments zuständig, die nicht der Entscheidung anderer Organe vorbehalten ist. ²Der Sprecher oder die Sprecherin handelt für die kollegiale Leitung und vollzieht deren Beschlüsse. ³Der Sprecher oder die Sprecherin informiert die Mitglieder einschließlich der Studierenden in geeigneter Weise.

Sechster Teil: Frauenbeauftragte

§ 21 Wahl der Frauenbeauftragten und ihre Amtszeiten

(1) ¹Die Frauenbeauftragte der Universität und ihre Vertretungen werden vom Senat aus dem Kreis des an der Universität hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals gewählt. ²Vor der Wahl hört der Präsident oder die Präsidentin die Frauenbeauftragten der Fakultäten über deren personelle Vorstellungen; über das Ergebnis der Anhörung ist der Senat zu unterrichten.

(2) ¹Die Frauenbeauftragte der Fakultät und ihre Vertretungen werden vom Fakultätsrat aus dem Kreis der Personen gewählt, die dem an der Universität hauptberuflich tätigen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal angehören und Mitglieder der Fakultät sind. ²Vor der Wahl gibt der Dekan oder die Dekanin den weiblichen Mitgliedern des Personenkreises nach Satz 1 und der Fachschaftsvertretung Gelegenheit, personelle Vorstellungen einzubringen; über das Ergebnis ist der Fakultätsrat zu unterrichten.

(3) ¹Die Amtszeit der Frauenbeauftragten beträgt zwei Jahre. ²Wiederwahl ist zulässig. ³Eine Abwahl ist ausgeschlossen.

(4) ¹Für jede Frauenbeauftragte können Vertretungen gewählt werden, die im Verhinderungsfalle der Frauenbeauftragten deren Funktionen wahrnehmen. ²Absatz 3 gilt entsprechend.

§ 22

Rechte der Frauenbeauftragten

(1) ¹Besteht in einer Angelegenheit, die in den Zuständigkeitsbereich eines Kollegialorgans oder Gremiums fällt, nach Auffassung der Frauenbeauftragten der Verdacht eines Verstoßes gegen die Chancengleichheit oder einer Benachteiligung von Wissenschaftlerinnen, weiblichen Lehrpersonen oder weiblichen Studierenden, so ist der Vorsitzende oder die Vorsitzende des Kollegialorgans oder Gremiums auf Antrag der Frauenbeauftragten verpflichtet, den Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen und zu behandeln; der Antrag soll schriftlich begründet sein. ²Die Frauenbeauftragte soll in allen Angelegenheiten, die ihre unmittelbaren Aufgaben betreffen, frühzeitig beteiligt werden. ³Ihr soll Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

(2) ¹Die Frauenbeauftragten an der Universität bilden zur Koordinierung ihrer Tätigkeit und zur gegenseitigen Information unter dem Vorsitz der Frauenbeauftragten der Universität das Gremium der Frauenbeauftragten. ²Es tritt mindestens einmal im Semester zusammen.

Siebenter Teil: Beauftragter oder Beauftragte für Studierende mit Behinderung

§ 23

Beauftragter oder Beauftragte für Studierende mit Behinderung

(1) ¹Die Hochschulleitung bestellt den Beauftragten oder die Beauftragte für Studierende mit Behinderung. ²Die Amtszeit beträgt zwei Jahre; Wiederbestellung ist zulässig.

(2) Der Beauftragte oder die Beauftragte für Studierende mit Behinderung unterstützt die Universität bei ihrer Aufgabe, die besonderen Bedürfnisse von Studierenden mit Behinderung bei der Gestaltung der Studien- und Prüfungsbedingungen zu berücksichtigen und ihre Eingliederung in die Universität zu fördern. ²Er oder sie berät Studierende mit Behinderung und die Fakultäten bei auftretenden Problemen, gibt Anregungen zur Vermeidung von Nachteilen für behinderte Studierende und erstattet einmal jährlich der Hochschulleitung einen Bericht zur Situation der Studierenden mit Behinderung.

Achter Teil: Studierendenvertretung

§ 24

Zusammensetzung des Studentischen Konvents, der Fachschaftsvertretungen und des Sprecher- und Sprecherinnenrats

(1) Dem Studentischen Konvent gehören an:

1. Zwei Mitglieder aus jeder Fachschaftsvertretung, die von ihr auf ihrer konstituierenden Sitzung für die Dauer des Studienjahres bestimmt werden, und
2. weitere Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden entsprechend der Zahl nach Nr. 1, die von den Studierenden gewählt werden.

(2) ¹Der Fachschaftsvertretung jeder Fakultät gehören an:

1. Die vier Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden im Fakultätsrat und
2. mindestens drei weitere Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden der Fakultät.

²Soweit die Zahl der Studierenden, die Mitglieder der Fakultät sind, 2.000 übersteigt, erhöht sich die Zahl der weiteren Mitglieder nach Satz 1 Nr. 2 je angefangene weitere 1.000 Studierende um eins.

(3) Der Sprecher- und Sprecherinnenrat besteht aus dem Vertreter oder der Vertreterin der Studierenden im Senat gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 4 und vier weiteren Mitgliedern, die vom Studentischen Konvent aus seiner Mitte gewählt werden.

§ 25 Studentischer Konvent

(1) ¹Der Studentische Konvent erfüllt die ihm obliegende Aufgaben durch Beschlussfassung in Sitzungen. ²Er ist mindestens einmal im Semester während der Vorlesungszeit unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen; die Ladungsfrist beträgt eine Woche. ³Im Übrigen ist der Studentische Konvent auf Verlangen von mindestens 25 v. H. seiner Mitglieder binnen 14 Tagen einzuberufen.

(2) ¹Der Studentische Konvent ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. ²Ist er nicht beschlussfähig, so wird er innerhalb von 14 Tagen zum zweiten Mal über denselben Gegenstand zur Sitzung zusammengerufen; in diesem Fall ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig; hierauf ist in der Ladung hinzuweisen. ³Beschlüsse werden in Sitzungen mit der Mehrheit der gültigen Stimmen gefasst. ⁴Schriftliche Stimmrechtsübertragungen werden bei der Feststellung von Anwesenheit und Stimmrecht der Mitglieder berücksichtigt.

(3) Der Studentische Konvent kann beratende Ausschüsse einsetzen.

(4) Der Studentische Konvent kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 26 Sprecher- und Sprecherinnenrat

(1) ¹Der Sprecher- und Sprecherinnenrat führt die Beschlüsse des Studentischen Konvents aus. ²Die laufenden Angelegenheiten sind ihm zur selbständigen Erledigung übertragen.

(2) Der Sprecher- und Sprecherinnenrat erstattet wenigstens einmal im Jahr, in der Regel vier Wochen nach dem allgemeinen Vorlesungsbeginn des Sommersemesters, auf einer Sitzung des Studentischen Konvents einen Bericht über seine bisherige Tätigkeit, insbesondere über die Verwendung der Haushaltsmittel.

(3) Der Präsident oder die Präsidentin kann den Sprecher- und Sprecherinnenrat nach Ablauf seiner Amtszeit beauftragen, die Geschäfte bis zur Wahl des neuen Sprecher- und Sprecherinnenrats kommissarisch weiterzuführen.

§ 27 Fachschaftsvertretung

(1) ¹Die Fachschaftsvertretung tritt nach ihrer Wahl erstmals spätestens in der zweiten Woche nach dem allgemeinen Vorlesungsbeginn zusammen, im Übrigen mindestens einmal pro Semester während der Vorlesungszeit. ²Die Ladungsfrist beträgt eine Woche, in der vorlesungsfreien Zeit mindestens zwei Wochen. ³Der Fachschaftssprecher oder die Fachschaftssprecherin beruft die Sitzungen der Fachschaftsvertretung ein und leitet sie. ⁴§ 25 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 gelten entsprechend.

(2) ¹Der Fachschaftssprecher oder die Fachschaftssprecherin führt die laufenden Geschäfte der Fachschaftsvertretung und vollzieht deren Beschlüsse. ²Stellvertreter oder Stellvertreterin des Fachschaftssprechers oder der Fachschaftssprecherin ist das Mitglied der Fachschaftsvertretung, das bei der Wahl die zweitmeisten Stimmen erhalten hat.

(3) Der Fachschaftssprecher oder die Fachschaftssprecherin erstattet wenigstens einmal im Jahr, in der Regel vier Wochen nach dem allgemeinen Vorlesungsbeginn des Sommersemesters, auf einer Sitzung der Fachschaftsvertretung einen Bericht über die bisherige Tätigkeit, insbesondere über die Verwendung der Haushaltsmittel.

(4) Die Fachschaftsvertretung kann weitere Studierende der Fakultät zu ihrer Unterstützung heranziehen; sie kann diesen die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben übertragen.

(5) ¹Die Fachschaftsvertretung kann einmal pro Semester eine Versammlung aller Studierenden der Fakultät einberufen. ²Zeit und Ort hierfür werden im Einvernehmen mit dem Dekan oder der Dekanin festgelegt. ³Während der Versammlung sollen keine Lehrveranstaltungen stattfinden.

(6) § 25 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 28 Übersicht über die Ausgaben

(1) ¹Der Sprecher- und Sprecherinnenrat stellt vor Beginn des Haushaltsjahres eine Übersicht der voraussichtlichen Ausgaben auf. ²Diese ist vor der Vorlage an die Hochschulleitung mit der Mehrheit von Sprecher- und Sprecherinnenrat und des Studentischen Konvents zu verabschieden.

(2) Die Fachschaftsvertretung soll vor Beginn des Haushaltsjahres eine Übersicht der voraussichtlichen Ausgaben aufstellen, die rechtzeitig der Hochschulleitung vorzulegen ist.

Neunter Teil: Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

§ 29 Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

(1) Die Vertreter und Vertreterinnen der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Senat, in den Kommissionen und Ausschüssen sowie der Fakultätsräte und der von den Fakultätsräten eingesetzten Ausschüsse bilden zur Koordinierung ihrer Tätigkeit in den Kollegialorganen und Gremien und zur gegenseitigen Information den Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

(2) Der Konvent hat das Vorschlagsrecht zur Bestellung der Mitglieder, die die Interessen der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Kommissionen und Ausschüssen des Zentralbereichs vertreten.

(3) Der Konvent wählt aus seiner Mitte je ein Mitglied zum Vorsitzenden oder zur Vorsitzenden und zum Stellvertreter oder zur Stellvertreterin.

Zehnter Teil: Geschäftsgang in Kollegialorganen und Gremien

§ 30 Geschäftsgang

(1) ¹Die Kollegialorgane und Gremien werden von ihren Vorsitzenden einberufen und geleitet. ²Sie können sich Geschäftsordnungen geben. ³Sie sind verpflichtet, auf Verlangen der Hochschulleitung zusammenzutreten, erforderlichenfalls auch kurzfristig. ⁴Sie treten im Bedarfsfalle auch während der unterrichtsfreien Zeit zusammen. ⁵Zu den Sitzungen sind die Mitglieder und die Personen, die stimmberechtigt mitwirken dürfen, schriftlich unter Angabe der Tagesordnung und soweit möglich der Beschlussvorlagen zu laden. ⁶Die Ladungsfrist beträgt eine Woche; sie wird durch den Versand des Ladungsschreibens gewahrt; die Ladung auf elektronischem Wege ist zulässig, wenn die zu Ladenden über eine elektronische Anschrift verfügen. ⁷In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf drei Werktage abgekürzt werden. ⁸Auf Verlangen eines Viertels der Mitglieder ist der Vorsitzende oder die Vorsitzende verpflichtet, innerhalb von zwei Wochen zu einer außerordentlichen Sitzung zu laden. ⁹In dem Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Sitzung sind die Gegenstände, deretwegen die außerordentliche Sitzung stattfinden soll, zu bezeichnen. ¹⁰Für die Berechnung von Fristen gelten §§ 187 bis 193 BGB entsprechend.

(2) Die Hochschulleitung kann von den zuständigen Kollegialorganen und Gremien die Behandlung bestimmter Angelegenheiten verlangen.

(3) Die Mitglieder sind verpflichtet, an den Sitzungen und Abstimmungen teilzunehmen.

(4) ¹Die Kollegialorgane und Gremien sind beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder und die Personen, die stimmberechtigt mitwirken dürfen, ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist; schriftliche Stimmrechtsübertragungen werden bei der Feststellung von Anwesenheit und Stimmrecht berücksichtigt. ²Wird ein Kollegialorgan oder Gremium zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, weil es das erste Mal beschlussunfähig war, ist es ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig; bei der zweiten Einladung ist auf diese Bestimmung hinzuweisen.

(5) ¹Kollegialorgane und Gremien beschließen mit der Mehrzahl der abgegebenen Stimmen in Sitzungen; Stimmenthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimmen. ²Jedes Mitglied und jede Person, die stimmberechtigt mitwirken darf, hat eine Stimme. ³Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden den Ausschlag.

(6) ¹Über Personalangelegenheiten wird in geheimer Abstimmung entschieden, soweit nicht einstimmig eine offene Abstimmung beschlossen wird. ²Auf Verlangen eines Drittels der Mitglieder eines Kollegialorgans oder Gremiums wird in geheimer Abstimmung beschlossen. ³Bei Stimmengleichheit ist die Abstimmung zu wiederholen; in der Wiederholung der Abstimmung hat der Vorsitzende oder die Vorsitzende zwei Stimmen. ⁴Ergibt sich abermals Stimmengleichheit, ist der Antrag abgelehnt.

(7) ¹Bei Abwesenheit eines Vertreters oder einer Vertreterin einer Mitgliedergruppe ist die schriftliche Stimmrechtsübertragung für einzelne Sitzungen oder Teile von Sitzungen auf ein anderes Mitglied der Mitgliedergruppe zulässig, soweit keine Vertretung bestellt oder gewählt ist. ²Wird die Mitgliedergruppe lediglich durch ein Mitglied in dem Kollegialorgan oder Gremium vertreten, kann das Stimmrecht nur auf die Ersatzvertretung übertragen werden. ³Kein Mitglied kann mehr als eine Stimmrechtsübertragung wahrnehmen. ⁴Mitglieder, die dem Kollegialorgan oder Gremium kraft ihres Amtes angehören, werden im Verhinderungsfalle durch ihren Vertreter oder ihre Vertreterin vertreten.

(8) ¹Die Kollegialorgane und Gremien tagen nicht öffentlich. ²Sie können im Einzelfall für bestimmte Tagesordnungspunkte einer künftigen Sitzung die Öffentlichkeit beschließen, soweit nicht Personal- und Prüfungsangelegenheiten behandelt werden oder Rechte Dritter oder sonstige rechtliche Gründe entgegenstehen. ³Beschlüsse nach Satz 2 werden in geheimer Abstimmung gefasst; sie bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.

(9) Außerhalb von Sitzungen ist die Beschlussfassung durch Stimmgabe im Wege fernmündlicher Abstimmung oder mit Hilfe elektronischer Kommunikation zulässig, wenn der Vorsitzende oder die Vorsitzende dies für den Einzelfall bestimmt und kein Mitglied der Verfahrensweise schriftlich widersprochen hat.

Elfter Teil: Wahlvorschriften

Erster Abschnitt: Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin

§ 31

Einleitung des Wahlverfahrens

(1) ¹Der Präsident oder die Präsidentin soll spätestens zehn Wochen vor Ablauf der Amtszeit des Amtsinhabers oder der Amtsinhaberin gewählt werden. ²Ort und Zeit der Wahl sind rechtzeitig vom amtierenden Präsidenten oder von der amtierenden Präsidentin festzusetzen; der Wahltermin soll in der Vorlesungszeit liegen.

(2) Die Durchführung des Wahlverfahrens und die Leitung der Wahl obliegen dem Kanzler oder der Kanzlerin als Wahlleiter oder Wahlleiterin.

§ 32

Ausschreibung, Erstellung des Wahlvorschlags

(1) ¹Die Stelle des Präsidenten oder der Präsidentin ist mit einem vom Hochschulrat beschlossenen Text öffentlich auszuschreiben. ²Die Dauer der Ausschreibung beträgt mindestens drei Wochen.

(2) ¹Der Wahlvorschlag soll innerhalb von vier Wochen nach Ablauf der Ausschreibungsfrist erstellt werden. ²Unmittelbar nach Ablauf der Ausschreibungsfrist gibt der Kanzler oder die Kanzlerin den Dekanen und Dekaninnen sowie den Mitgliedern des Hochschulrats das Ergebnis der Ausschreibung bekannt; die eingegangenen Bewerbungen sind beizufügen. ³Dekane und Dekaninnen sowie Mitglieder des Hochschulrats sind berechtigt, Vorschläge zu unterbreiten. ⁴Der Hochschulrat kann einen Ausschuss zur Vorbereitung des Wahlvorschlags einsetzen.

(3) ¹Auf der Grundlage von Vorschlägen nach Absatz 2 Satz 3, aber ohne Bindung an sie, erstellen die Vorsitzenden des Senats und des Hochschulrats gemeinsam einen Wahlvorschlag an den Hochschulrat. ²Soweit der Wahlvorschlag mehrere Namen umfasst, sind sie in alphabetischer Folge aufzuführen. ³Wer in den Wahlvorschlag aufgenommen werden soll, muss dazu sein Einverständnis erklärt haben.

(4) ¹Der Hochschulrat kann den Wahlvorschlag gemäß § 34 Abs. 1 zurückweisen. ²In diesem Falle ist ein neuer Wahlvorschlag gemäß Absatz 3 zu erstellen.

§ 33

Vorbereitung der Wahl

(1) Die Mitglieder des Hochschulrats sind spätestens am 14. Tag vor der Wahl vom Wahlleiter oder von der Wahlleiterin schriftlich zur Wahlsitzung zu laden; der Wahlvorschlag ist der Ladung beizufügen.

(2) Spätestens am 7. Tag vor der Wahl wird vom Wahlleiter oder von der Wahlleiterin eine Informationsveranstaltung für die Mitglieder des Hochschulrats durchgeführt, auf der sie über Lebensweg und Werdegang der Kandidaten und Kandidatinnen informiert werden und die Kandidaten und Kandidatinnen Gelegenheit zur Vorstellung erhalten.

§ 34

Ablauf der Wahl

(1) ¹Vor Beginn der Wahlhandlung stellt der Wahlleiter oder die Wahlleiterin die Beschlussfähigkeit des Hochschulrats gemäß § 30 Abs. 4 fest. ²Sodann werden die gültigen Wahlvorschläge bekannt gegeben. ³Vor Eintritt in die Wahl beschließt der Hochschulrat in geheimer Abstimmung über Annahme oder Zurückweisung des Wahlvorschlags. ⁴Ist der Wahlvorschlag angenommen, so richtet sich das weitere Verfahren nach den Absätzen 2 bis 6. ⁵Hat der Hochschulrat den Wahlvorschlag zurückgewiesen, so gilt die Wahl als nicht zustande gekommen.

(2) ¹Gewählt wird ohne Aussprache in geheimer Abstimmung mit amtlichen Stimmzetteln nach den Grundsätzen der Personenwahl. ²Auf dem Stimmzettel werden die Namen der vorgeschlagenen Personen in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. ³Jedes Mitglied des Hochschulrats hat eine Stimme.

(3) ¹Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn

1. in ihm eine Person benannt ist, die nicht vorgeschlagen ist,
2. aus ihm der Wille des Stimmberechtigten oder der Stimmberechtigten nicht eindeutig hervorgeht, oder
3. er Zusätze oder Vorbehalte enthält.

²Er gilt als ungültig, wenn er nicht gekennzeichnet ist (Stimmenthaltung).

(4) ¹Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Hochschulrats auf sich vereinigt. ²Erreicht kein Kandidat oder keine Kandidatin im ersten Wahlgang diese Mehrheit, so findet in einem zweiten Wahlgang eine Stichwahl unter den beiden Kandidaten oder Kandidatinnen statt, die im ersten Wahlgang die höchste Stimmenzahl erreicht haben. ³Lassen sich die beiden Kandidaten oder Kandidatinnen für die Stichwahl auch nach einer Wiederholung des ersten Wahlganges nicht feststellen, so entscheidet das Los über die Teilnahme an der Stichwahl unter den Kandidaten oder Kandidatinnen, die in der Wiederholung des ersten Wahlganges die höchste Stimmenzahl erreicht haben. ⁴Gewählt ist im zweiten Wahlgang, wer die meisten Stimmen erhält. ⁵Bei Stimmengleichheit findet ein dritter Wahlgang statt; Satz 3 gilt entsprechend. ⁶Führt der dritte Wahlgang wiederum zur Stimmengleichheit, so ist die Wahl nicht zustande gekommen.

(5) Kandidieren nur zwei Bewerber oder Bewerberinnen, so gilt Absatz 4 sinngemäß.

(6) Kandidiert nur ein Bewerber oder eine Bewerberin, so ist die Wahl zustande gekommen, wenn die Zahl der abgegebenen gültigen Ja-Stimmen die Zahl der abgegebenen gültigen Nein-Stimmen übersteigt.

(7) Über den Ablauf der Wahl wird eine Niederschrift angefertigt, die der Wahlleiter oder die Wahlleiterin unterzeichnet.

§ 35 Annahme der Wahl

(1) ¹Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin teilt dem Gewählten oder der Gewählten das Wahlergebnis mit und fordert ihn oder sie auf, sich binnen einer Woche schriftlich zur Annahme der Wahl zu erklären, sofern die Annahme nicht bereits in der Wahlsitzung erklärt worden ist. ²Geht innerhalb der Frist nach Satz 1 keine Erklärung ein, so gilt die Wahl als abgelehnt.

(2) Das Ergebnis der Wahl ist dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst umgehend mitzuteilen.

§ 36 Wiederholung der Wahl

¹Wurde die Wahl nicht angenommen, so findet spätestens im folgenden Semester eine neue Wahl statt. ²Die Stelle des Präsidenten oder der Präsidentin kann noch einmal ausgeschrieben werden; die Entscheidung trifft der Hochschulrat. ³Die §§ 32 ff gelten entsprechend.

§ 37 Vorzeitiges Ausscheiden

Scheidet der Präsident oder die Präsidentin vorzeitig aus dem Amt, so ist unverzüglich eine Wahl einzuleiten.

Zweiter Abschnitt: Wahl der Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen

§ 38

Vorbereitung der Wahl

(1) ¹Die Wahl der Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen soll spätestens sechs Wochen vor Ablauf der Amtszeit der im Amt befindlichen Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen stattfinden. ²Ort und Zeit der Wahl sind rechtzeitig vom Präsidenten oder der Präsidentin festzusetzen; der Wahltermin soll in der allgemeinen Vorlesungszeit liegen. ³§ 31 Abs. 2 gilt entsprechend. ⁴Werden die Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen gleichzeitig gewählt, so findet die Wahl in getrennten Wahlgängen statt.

(2) Rechtzeitig vor Erstellen der Wahlvorschläge weist der Präsident oder die Präsidentin auf die Möglichkeit einer schriftlichen Bewerbung oder Benennung geeigneter Personen innerhalb einer festgesetzten Frist hin.

(3) ¹Die Wahlvorschläge des Präsidenten oder der Präsidentin sollen dem Hochschulrat spätestens am 21. Tag vor der Wahl bekannt gegeben werden. ²Zugleich sind die Namen der nicht in den Wahlvorschlag aufgenommenen Personen, die sich beworben haben oder benannt wurden, mitzuteilen.

§ 39

Ablauf und Annahme der Wahl

(1) Für den Ablauf der Wahl gilt § 34 entsprechend.

(2) Die Wahl ist angenommen, wenn nicht innerhalb einer Woche nach Zugang der Wahlbenachrichtigung eine schriftliche Ablehnung der Wahl aus wichtigem Grund beim Wahlleiter oder bei der Wahlleiterin eingegangen ist.

§ 40

Wiederholung der Wahl

Wurde die Wahl nicht angenommen oder kommt eine Wahl nicht zustande, so findet unverzüglich eine neue Wahl statt; §§ 38 und 39 gelten entsprechend.

Dritter Abschnitt: Wahl der Vertreter und Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen im Senat

§ 41

Wahl der Vertreter und Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen im Senat

¹Die Vertreter und Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen im Senat gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 1 werden von der Gesamtheit der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen der Universität gewählt. ²Wählbar ist, wer der Fakultät, aus der der Hochschullehrer oder die Hochschullehrerin zu wählen ist, als Erstmitglied ange-

hört. ³Wahlvorschläge zur Wahl nach Satz 1 können nur von Hochschullehrern und Hochschullehrerinnen eingereicht und unterzeichnet werden, die in der Fakultät wählbar sind, deren Vertreter oder Vertreterin zu wählen ist.

Vierter Abschnitt: Wahl des Dekans oder der Dekanin, der Prodekanen oder Prodekaninnen und der Studiendekane oder Studiendekaninnen

§ 42

Wahl des Dekans oder der Dekanin

(1) ¹Die Wahl des Dekans oder der Dekanin durch den Fakultätsrat soll rechtzeitig vor Ablauf der Amtszeit des im Amt befindlichen Dekans oder der im Amt befindlichen Dekanin in der Vorlesungszeit stattfinden. ²Ort und Zeit der Wahl setzt der Dekan oder die Dekanin fest.

(2) Wählbar sind Professoren und Professorinnen der Fakultät, soweit nicht der Fakultätsrat einen Beschluss gemäß Art. 28 Abs. 8 Satz 3 BayHSchG gefasst hat.

(3) ¹Vorschlagsberechtigt sind die Mitglieder des Fakultätsrates. ²Die vorgeschlagenen Personen müssen ihr Einverständnis zum Vorschlag erklärt haben.

(4) ¹Auf der Grundlage der Vorschläge erstellt der Fakultätsrat in geheimer Abstimmung einen Wahlvorschlag, der in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt mehrere Namen umfassen soll. ²Der Wahlvorschlag bedarf des Einvernehmens mit der Hochschulleitung. ³Das Einvernehmen gilt als erteilt, wenn es nicht innerhalb einer Frist von sechs Wochen nach Vorlage des Wahlvorschlags beim Präsidenten oder der Präsidentin verweigert wird. ⁴Wird das Einvernehmen verweigert, so ist das Verfahren unverzüglich zu wiederholen.

(5) Ist das Einvernehmen erteilt oder gilt es als erteilt, bestellt der Fakultätsrat aus seiner Mitte einen Wahlleiter oder eine Wahlleiterin.

(6) ¹Gewählt wird ohne Aussprache in geheimer Abstimmung. ²Jedes Mitglied des Fakultätsrats hat eine Stimme. ³§ 34 Abs. 3 gilt entsprechend.

(7) ¹Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der Mitglieder des Fakultätsrates auf sich vereinigt. ²Erreicht kein Kandidat oder keine Kandidatin im ersten Wahlgang diese Mehrheit, so findet in einem zweiten Wahlgang eine Stichwahl unter den beiden Kandidaten oder Kandidatinnen statt, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erreicht haben. ³Lassen sich die beiden Kandidaten oder Kandidatinnen für die Stichwahl auch nach einer Wiederholung des ersten Wahlgangs nicht feststellen, so entscheidet das Los über die Teilnahme an der Stichwahl unter den Kandidaten oder Kandidatinnen, die in der Wiederholung des ersten Wahlganges die höchste Stimmenzahl erreicht haben. ⁴Gewählt ist im zweiten Wahlgang, wer die meisten Stimmen erhält; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. ⁵Kandidieren nur zwei Bewerber oder Bewerberinnen für das Amt, so gelten die Sätze 1, 2 und 4 sinngemäß. ⁶Kandidiert nur ein Bewerber oder eine Bewerberin, so ist die Wahl zustande gekommen, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen die Zahl der gültigen Nein-Stimmen übersteigt.

(8) ¹Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin teilt dem Gewählten oder der Gewählten das Wahlergebnis mit und fordert ihn oder sie auf, sich binnen einer Woche schriftlich zur Annahme der Wahl zu erklären, sofern die Wahl nicht bereits in der Wahlsitzung an-

genommen wurde. ²Geht innerhalb der Frist nach Satz 1 keine Erklärung ein, so gilt die Wahl als abgelehnt.

(9) Wurde die Wahl nicht angenommen, so ist die Wahl zu wiederholen; die Absätze 1 bis 8 gelten entsprechend.

(10) Scheidet der Dekan oder die Dekanin vorzeitig aus dem Amt, ist unverzüglich eine Wahl durchzuführen.

§ 43

Wahl der Prodekane und Prodekaninnen sowie der Studiendekane oder Studiendekaninnen

Für die Wahl der Prodekane und Prodekaninnen sowie der Studiendekane oder Studiendekaninnen gelten die Vorschriften des § 42 Abs. 1, 3, 6 bis 10 entsprechend.

Fünfter Abschnitt: Wahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Studentischen Konvents, des Sprecher- und Sprecherinnenrats sowie der Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden

§ 44

Wahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Studentischen Konvents

(1) ¹Der Studentische Konvent wählt auf seiner konstituierenden Sitzung aus seiner Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende. ²Ort und Zeit der Wahl setzt der Präsident oder die Präsidentin fest. ³Der Präsident oder die Präsidentin leitet die Sitzung des Studentischen Konvents bis zur Annahme der Wahl durch die gewählte Person.

(2) ¹Jedes Mitglied des Studentischen Konvents kann schriftlich einen Kandidaten oder eine Kandidatin vorschlagen. ²Wahlvorschläge können in der Sitzung bis zur Eröffnung der Wahl abgegeben werden.

(3) ¹Vor Beginn der Wahl erhalten die Kandidaten und Kandidatinnen Gelegenheit zur Vorstellung. ²Gewählt wird ohne Aussprache schriftlich in geheimer Abstimmung. ³Jedes Mitglied des Studentischen Konvents hat eine Stimme; § 34 Abs. 3 gilt entsprechend.

(4) ¹Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Studentischen Konvents auf sich vereinigt. ²Erreicht kein Kandidat oder keine Kandidatin im ersten Wahlgang diese Mehrheit, so findet in einem zweiten Wahlgang eine Stichwahl unter den beiden Kandidaten oder Kandidatinnen statt, die im ersten Wahlgang die höchste Stimmenzahl erreicht haben. ³Lassen sich die beiden Kandidaten oder Kandidatinnen für die Stichwahl auch nach einer Wiederholung des ersten Wahlgangs nicht feststellen, so entscheidet das Los über die Teilnahme an der Stichwahl unter den Kandidaten oder Kandidatinnen, die in der Wiederholung des ersten Wahlgangs die höchste Stimmenzahl erreicht haben. ⁴Gewählt ist im zweiten Wahlgang, wer die meisten Stimmen erhält; bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. ⁵Kandidieren nur zwei Bewerber oder Bewerberinnen für den Vorsitz, so gelten die Sätze 1, 2 und 4 entsprechend. ⁶Kandidiert nur ein Bewerber oder eine Bewerberin, so ist die Wahl zustande gekommen, wenn die Zahl der abgegebenen gültigen Ja-Stimmen die Zahl der abgegebenen gültigen Nein-Stimmen übersteigt.

(5) ¹Der Präsident oder die Präsidentin teilt dem Gewählten oder der Gewählten unverzüglich das Wahlergebnis mit. ²Die Wahl ist angenommen, wenn nicht spätestens am dritten Tag nach Zugang der Benachrichtigung eine schriftliche Ablehnung der Wahl aus wichtigem Grund beim Präsidenten oder bei der Präsidentin eingegangen ist.

(6) Wird die Wahl nicht angenommen oder kommt sie nicht zustande, so findet, sofern die Wahl nicht sofort in der Sitzung wiederholt wird, spätestens 14 Tage nach dem Wahltag eine neue Wahl statt; die Absätze 1 bis 5 gelten entsprechend.

(7) Scheidet der Vorsitzende oder die Vorsitzende des Studentischen Konvents vorzeitig aus dem Amt, so findet auf der nächsten Sitzung des Studentischen Konvents eine Nachwahl statt; die Absätze 1 bis 6 gelten entsprechend.

§ 45

Abwahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden

(1) Die Abwahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Studentischen Konvents ist zulässig.

(2) Zu der Sitzung, in der die Abwahl stattfinden soll, sind die Mitglieder des Studentischen Konvents unter Angabe dieses Tagesordnungspunktes zu laden.

(3) Der Studentische Konvent kann den Vorsitzenden oder die Vorsitzende nur dadurch abwählen, dass er gleichzeitig mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin wählt und die Wahl von der gewählten Person angenommen wird.

(4) ¹Abwahl und Neuwahl werden vom Stellvertreter oder von der Stellvertreterin des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Studentischen Konvents geleitet. ²Das Wahlergebnis ist der gewählten Person unverzüglich mitzuteilen. ³§ 44 Abs. 5 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 46

Vertretung im Vorsitz

(1) Der Vorsitzende oder die Vorsitzende des Studentischen Konvents wird im Verhinderungsfalle durch eine gewählte Vertretung vertreten.

(2) Für die Wahl des Stellvertreters oder der Stellvertreterin des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Studentischen Konvents gelten § 44 Abs. 1 Sätze 1 und 2 und Abs. 2 bis 7 sowie § 45 Abs. 1 bis 3 und Abs. 4 Satz 2 entsprechend.

§ 47

Wahl des Sprecher- und Sprecherinnenrats

(1) ¹Der Studentische Konvent wählt in getrennten Wahlgängen die Mitglieder des Sprecher- und Sprecherinnenrats. ²Die Wahl findet unverzüglich nach der Annahme der Wahl durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Studentischen Konvents und der Vertretung statt. ³Der Vorsitzende oder die Vorsitzende des Studentischen Konvents leitet die Wahl.

(2) § 44 Abs. 1 Sätze 1 und 2 und Abs. 2 bis 7 sowie § 45 Abs. 1 bis 3 und Abs. 4 Satz 2 gelten entsprechend.

§ 48

Wahl der Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden

(1) Werden die Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden in den Fakultätsräten, den Fachschaftsvertretungen und im Studentischen Konvent nach den Grundsätzen der personalisierten Verhältniswahl (Listenwahl) gewählt, so gelten für die Vergabe der Stimmen, die Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge und auf die Bewerber und Bewerberinnen innerhalb eines Wahlvorschlags sowie für das Nachrücken Art. 34 bis 37 GLKrWG sinngemäß.

(2) ¹Der Studentische Konvent wählt aus seiner Mitte in getrennten Wahlgängen die Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden im Senat. ²§ 47 Abs. 1 Satz 2 sowie § 44 Abs. 1 Sätze 1 und 2 und Abs. 2 bis 7 gelten entsprechend. ³Eine Abwahl ist ausgeschlossen.

Sechster Abschnitt: Wahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Konvents der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie der Vertretung

§ 49

Wahl des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Konvents der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie der Vertretung

(1) ¹Der Konvent der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wählt innerhalb einer angemessenen Frist nach den Wahlen zu den Kollegialorganen aus seiner Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende und eine Vertretung. ²Ort und Zeit der Wahl setzt der Präsident oder die Präsidentin fest. ³Der Präsident oder die Präsidentin leitet die Sitzung des Konvents bis zur Annahme der Wahl durch die zum Vorsitzenden oder zur Vorsitzenden gewählte Person.

(2) Für die Wahl gelten die Vorschriften des § 44 Abs. 2 bis 7 entsprechend.

(3) ¹Der Vorsitzende oder die Vorsitzende des Konvents wird im Verhinderungsfalle durch einen Stellvertreter oder eine Stellvertreterin vertreten. ²Für die Wahl des Stellvertreters oder der Stellvertreterin gilt § 44 Abs. 2 bis 7 entsprechend.

(4) Die Amtszeit des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden und der Vertretung endet mit Ablauf der Amtszeit der in die Kollegialorgane und Gremien gewählten wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Zwölfter Teil: Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

§ 50

Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

(1) ¹Die Grundordnung tritt am 1. Juli 2007 in Kraft. ²Zugleich tritt die Grundordnung vom 6. Mai 1980 (KWMBI II S. 143, ber. S. 182), zuletzt geändert am 25. Februar 2003 (KWMBI II S. 1815), außer Kraft.

(2) In den Fakultäten nach § 1 Abs. 3 Nrn. 3 und 5 wählen die bis zum 30. September 2007 amtierenden Fachbereichsräte die Dekane und Dekaninnen, die Prodekane und Prodekaninnen sowie die Studiendekane und Studiendekaninnen für die am 1. Oktober 2007 beginnenden Amtszeiten.

(3) ¹Die Dekane und Dekaninnen, Prodekane und Prodekanninnen sowie Studiendekane und Studiendekaninnen der Fakultäten nach § 1 Abs. 3 Nrn. 1, 2 und 4 für die am 1. Oktober 2007 beginnenden Amtszeiten werden in besonderen Wahlsitzungen gewählt. ²Zu den in Satz 1 genannten Wahlsitzungen beruft der Rektor im Sommersemester 2007 unverzüglich nach Ablauf der Frist zur Anfechtung der Wahl gemäß § 18 Abs. 1 BayHSchWO die in die jeweiligen Fakultätsräte gewählten Vertreter und Vertreterinnen der Gruppen nach § 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ein. ³Tagesordnungspunkte sind ausschließlich die Erstellung von Wahlvorschlägen für die Wahlen der Dekane und Dekaninnen und die Wahlen der Dekane und Dekaninnen, Prodekane und Prodekaninnen sowie der Studiendekane und Studiendekaninnen. ⁴Der Rektor leitet die Sitzungen bis zur Wahl der Dekane und Dekaninnen. ⁵Findet ein Wahlvorschlag noch in der Sitzung die Zustimmung des Rektors, so kann die Sitzung fortgesetzt werden; andernfalls beruft der Rektor die im Satz 1 genannten Gruppenvertreter im Sommersemester 2007 zu einer erneuten Wahlsitzung ein.

(2) Abweichend von § 5 Abs. 2 beträgt die Amtszeit der zum 1. April 2008 zu wählenden Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen zwei Jahre.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Erweiterten Senats vom 7. Februar 2007 und der Hochschulleitung der Universität Erlangen-Nürnberg vom 14. Mai 2007 sowie der rechtsaufsichtlichen Genehmigung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit Schreiben vom 3. Mai 2007 Nr. IX/4-H2300.ERL-9b/9268.

Erlangen, den 20. Juni 2007

Prof. Dr. Karl-Dieter Gröske
Rektor

Die Satzung wurde am 20. Juni 2007 in der Universität Erlangen-Nürnberg niedergelegt; die Niederlegung wurde am 20. Juni 2007 durch Anschlag in der Universität Erlangen-Nürnberg bekannt gegeben. Tag der Bekanntmachung ist der 20. Juni 2007.